



Wartburg-Kurier

Reformationstag 2016

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

Endspurt zum Reformationsjubiläum 2017. Der Freistaat Thüringen eröffnet das letzte Jahr der Lutherdekade am 10. November 2016, an Luthers 533. Geburtstag, in Eisenach. Unter dem Leitwort „Stimmen der Reformation im Lutherland Thüringen 2017“ wird bei einem Festakt auf der Wartburg Ministerpräsident Bodo Ramelow als einer der ersten seine Stimme erheben.

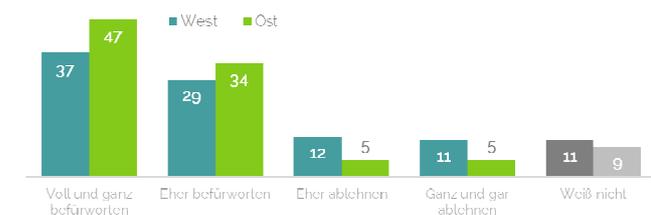
Wir erinnern uns an Luthers 500. Geburtstag im Jahr 1983. Damals war Erich Honecker, ein erklärter Atheist, Vorsitzender des Lutherkomites der DDR. Der heutige Ministerpräsident ist ein evangelischer Christ. Eine Transformation, die leider die Verankerung des christlichen Glaubens unter den Menschen in unserem Land nicht widerspiegelt. Wenn die Feste gefeiert sind, wird wohl auch der Geist der Reformation seiner Wege

gehen. Es mag ein Trost sein, dass manches, was er anstieß, bleibt.

Das renommierte Marktforschungsunternehmen YouGov fragte im September repräsentativ Menschen in Deutschland: „Würden Sie einen gemeinsamen Werteunterricht anstatt des Religionsunterrichts für alle Schüler befürworten oder ablehnen?“ 69 Prozent der Befragten, in den ostdeutschen Ländern sogar 81 Prozent stimmten dafür. Hier wie dort waren offenbar auch viele Mitglieder der christlichen Kirchen unter den Befürwortern.

Deutliche Unterstützung für gemeinsamen Werteunterricht

Würden Sie einen gemeinsamen Werteunterricht anstatt des Religionsunterrichts für alle Schüler befürworten oder ablehnen? (Befragte in %)



YouGov | yougov.com

23. bis 27. September 2016

Müssen wir unser Christsein verstecken? Der Karikaturist Thomas Pläßmann hat dazu ein Bild gemacht: Über der Kommode hängt das Kreuz. Der Mann stellt einen großen Strauß Blumen davor. Die Frau steht verduzt in der Tür. Er sagt: „Muss ja nicht gleich jeder sehen“. In einer freien Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlichen Bekenntnisses miteinander leben, sollte man über seinen Glauben

auch sprechen und dafür einstehen können. Religionsunterricht dient der Erlangung der religiösen Sprachfähigkeit. Deshalb, nicht, weil er im Grundgesetz verankert ist, brauchen wir ihn.

Der EAK veranstaltete unter der Überschrift „Kirchen als Moralagentur in der politischen Arena?“ am 29. September eine hochkarätige und gut besuchte Podiumsdiskussion im Thüringer Landtag. Auch dabei ging es um Sprachfähigkeit. Christlicher Glaube ist immer politisch. Er ist Grundlage unseres Verhältnisses zu Gott und zur Welt.

Aber die Kirchen besitzen keine höhere, bessere Moral. Was dürfen, sollen, müssen Kirchen zu den drängenden Fragen der Zeit sagen? Diese Frage stand im Mittelpunkt

einer teilweise kontroversen Debatte, die wir in den nächsten Monaten an anderen Orten unseres Landes noch einmal aufgreifen möchten.

Lesen Sie mehr dazu und zu weiteren Themen in dieser Ausgabe.

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

Inhalt dieser Ausgabe:

Fehlende Religionsfreiheit in der DDR und die Gefährdung der Demokratie heute 2	TERMIN Seite 12 +++ TERMIN Seite 12 +++ TERMIN Seite 12
<u>Tagung: Kirche als Moral-Agentur in der politischen Arena?</u> 4	Johannes Mebus – Kirchenmann und Parlamentarier
<u>Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“</u> 8	Veranstaltung des Evangelischen Kirchenkreises
Von der „doppelten Staatsbürgerschaft“ der Christen und dem Dienst des Glaubens an der politischen Kultur 9	Erfurt mit der CDU-Landtagsfraktion 12
<u>Aus dem Thüringer Landtag: Religionsfreiheit gegen jede Form der Einschränkung verteidigen</u> 10	Die Vision: Transformation unserer Welt – Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung 12
	<u>Gastbeitrag zum Reformationstag im SONDERDRUCK:</u>
	Martin Luther in katholischer Sicht – heute 15
	Wir über uns 15
	Impressum und Kontakt 15

Fehlende Religionsfreiheit in der DDR und die Gefährdung der Demokratie heute Eine Betrachtung zur massenhaften Auswanderung am Ende der DDR

von Pfr. Christian Dietrich, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Christian Dietrich

wurde aus politischen Gründen das staatliche Abitur verwehrt. Er engagierte sich in der Bürgerrechtsbewegung, studierte Theologie in Naumburg, war Pfarrer und ist seit 2013 Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der offene Brief von Petro Hertel und Pfarrer i.R. Gerhard Sammet zur Christenverfolgung in der DDR und die geringe Beachtung des Themas durch die Thüringer Landesregierung haben vor einem halben Jahr die Debatte um die fehlende Religionsfreiheit in der DDR und ihre Folgen forciert. Die rot-rot-grüne Koalition hatte sich bei der Regierungsbildung auf den Einsatz für „verfolgte Schüler“ verständigt. Die Lage der Menschen, die in der DDR als Schüler Repressionen ausgesetzt waren, die zu Brüchen in der Bildungslaufbahn führten, sollte verbessert werden. Konkrete Initiativen gab es jedoch nicht und die Autoren des Briefes vermissten ein Wort des Ministerpräsidenten zum Unrecht, „welches seine Vorgängerpartei den Christen und ihren Familien in der DDR-Zeit

angetan hat“. Darauf erklärte die zuständige Staatssekretärin in der Staatskanzlei, Dr. Babette Winter (SPD), in einem Interview in Glaube und Heimat am 16. Juni 2016: „Bei allen Vorgängen, die dem Ministerpräsidenten und mir bekannt sind, wissen wir von sieben Fällen, in denen die Aktivität in der Kirche zu einem Eingriff seitens des Staates in die Lebensbiographie geführt hat.“

Im August fand im Erfurter Augustinerkloster ein ökumenisches Forum zur Verfolgung von Christen in der DDR statt, bei dem die Diskriminierung und der offene oder verdeckte Terror gegen Gläubige und ihre Institutionen thematisiert wurden. Den evangelischen Hauptvortrag hielt PD Dr. Friedemann Stengel (Halle). Er zeigte, dass Religionsfeindschaft für die DDR bis zum Ende der SED-Herrschaft konstitutiv war und die Gesellschaft veränderte. Der bekennende Katholik Minister Wolfgang Tiefensee (SPD) vertrat an diesem Abend die Landesregierung und sicherte zu, dass die Regierungskoalition die Folgen der Diskriminierung von Christen in der DDR in den Blick nehmen wird. Auf dem 23. Tag der Thüringischen Landesgeschichte am 17. September schloss sich dann der Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (DIE LINKE) den Beobachtungen Stengels an

und sagte, dass „die Mehrheitsgesellschaft in der DDR sich mit der Ausgrenzung oft leistungsstarker, konfessionell gebundener Schülerinnen und Schüler abgefunden hatte“ und stellte fest, dass „die Ungleichbehandlung von Christen in der Bildungspolitik [...] die wohl nachhaltigste Auswirkung der SED-Diktatur“ sei. Die Rede ist nicht auf der Seite der Staatskanzlei zu finden, aber auf der privaten des Redners www.benjamin-hoff.de.

Als eine Konsequenz dieser Wahrnehmung vereinbarten Vertreter der Kirchen in Thüringen und die Landesregierung beim traditionellen Jahresgespräch am 4. Oktober eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der „Benachteiligung der Christen in der DDR“. „Konkrete Entschädigungen für erlittenes Unrecht seien zunächst nicht das Ziel der Bemühungen“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow in Glaube und Heimat am 16. Oktober.

In diesem Feld der Auseinandersetzung sehe ich folgende Schwerpunkte:

1. Wie können die Folgen für die Opfer der Religionsverfolgung minimiert werden?

Seit vielen Jahren ist die Umsetzung des Einigungsvertrags (Art. 17) of-

fen, da „verfolgte Schüler“ wohl rehabilitiert, aber nicht entschädigt werden (vgl. Bundestags-Drucksache. 14/1001). Allein in Thüringen gibt es trotz dieser Rahmenbedingung über 750 anerkannte „verfolgte Schüler“. Für die Landesbeauftragten für Stasiunterlagen bzw. Aufarbeitung hat diese Forderung schon lange eine hohe Priorität.

2. Die Folge der Diskriminierung von Religion durch die (erste und) zweite deutsche Diktatur hat weitreichende Nachwirkungen.

Dazu gehören nicht nur prekäre religiöse Bildung und die signifikante transgenerative Konfessionslosigkeit in Ostdeutschland. Soziologen verweisen auf die Korrelation zwischen religiöser Bildung bzw. Reflexion und demokratischer Grundhaltung bzw. gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme, so zum Beispiel im Thüringenmonitor. Aus diesem Grunde glaube ich nicht, dass das fundamentale Grundrecht der inneren und äußeren Religionsfreiheit bewahrt werden kann, ohne sich intensiv mit der fehlenden Religionsfreiheit in der DDR auseinander zu setzen.

Für mich gehören dazu drei Konfliktfelder:

Zum ersten: Das Problem der kommunistischen Herrschaft in ihrer „Gottlosigkeit“ (im Sinne des GG von Präambel Artikel 1) ist bis heute kein Thema für die Nachfolgepartei der SED. Wenn Repräsentanten dieser Partei sich dem Thema stellen, dann um den Kulturbruch zu verschleiern, wie es jüngst Gregor Gysi tat: „Das Schöne ist: Die Allgemeinverbindlichkeit religiös basierter moralischer Normen funktioniert auch dann, wenn viele Mitglieder der Gesellschaft nicht mehr einer Religionsgemeinschaft angehören – selbst die ‚zehn Gebote der sozialistischen Moral‘ in der DDR waren christlich-jüdisch ge-

prägt.“ (Werbeheft des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten 2016/17 „Spurensuche“, S. 20). Statt des Gebotes „Du sollst neben mir keine anderen Götter haben“ lautete in der DDR das 1. Gebot: „Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.“ Eine Partei, die Religionsverfolgung zum Kern ihrer Identität gemacht hatte (Christen konnten nicht Mitglied der Partei sein) und mit dieser Tradition nicht offensiv bricht, ist eine Gefährdung für unsere Demokratie.

Zum zweiten: Um die fehlende Religionsfreiheit in der DDR zu verschleiern, wurden – was ein Kennzeichen kommunistischer Herrschaft ist – nicht alle Christen verfolgt („...perfiderweise wurden auch nicht alle von ihnen benachteiligt; das macht die Entscheidungen so schwierig. Aber wir müssen darüber reden.“ Friedemann Stengel, August 2016). Eine besondere Rolle kam dabei der CDU zu, deren Gründer verfolgt und bedrängt wurden, bis die Partei eine „befreundete Partei“ der SED war. In der SED-Politik des „Teile-und-Herrsche“ hatten Unionsfreunde die Aufgabe, die SED-Herrschaft trotz ihrer totalitären und antireligiösen Grundrichtung zu legitimieren. Die hohe Zahl an inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit in den CDU-Gremien dokumentiert das Misstrauen, das die SED gegenüber der zweitgrößten Blockpartei hatte. Welchen Beitrag die DDR-CDU für die Bewahrung der bürgerlichen Freiheiten und christlicher Kultur in Ostdeutschland geleistet hat und wo sie Kirchen und Christen geschadet hat, bedarf weiterer Forschungen (Vgl. „Unabhängige historische Kommission zur Geschichte der CDU in Thüringen und in den Bezirken Erfurt, Suhl und Gera von 1945 bis 1990“).

Zum dritten: Kirchliche Ordnungen wurden u.a. durch direkte und indirekte Beeinflussung der SED ausgehöhlt, kirchliche Solidarität von Teilen der Kirchenführung aufgekündigt und Bekenntnisse, zum Beispiel die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“, verschwiegen. Um 1960 schlossen sich deshalb Werner Leich, der spätere Bischof, und andere Thüringer Theologen zu einem Kreis unter dem Motto „verbindliche Kirche“ in Opposition zur Kirchenleitung zusammen. Es gibt auch innerhalb der Kirchen die Notwendigkeit, die eigene Geschichte kritisch zu reflektieren. Für mich ist dies nicht zuerst ein moralisches Gebot, sondern vor allem ein kirchrechtliches. Dafür hat die Kirchenleitung der EKM einen Beirat eingesetzt, der sich im Mai 2015 konstituierte. Ähnliche Bemühungen gibt es auch im Erfurter Bistum.

Ich denke, mit Aufklärung und Empathie für die Opfer ist gerade in diesem Feld zwischen Weltanschauung und Religion viel zu gewinnen. Auf dem Podium „Fehlender Religionsfreiheit in der DDR“ zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden sagte der Schriftsteller und Berater des Landesbeauftragten Utz Rachowski, die Opfer fehlender Religionsfreiheit seien besondere Menschen. „Sie sind meist bescheiden und stehen mitten im Leben.“ Sie haben sie sich „gleich für Familie und Gemeinde entschieden. [...] Das war klug“.

[Als ich vor 35 Jahren ein Plakat gestalten sollte mit dem Titel „Der Friede muss bewaffnet sein“, malte ich einen Ritter, dessen Schild aus den Buchstaben „Glauben“, dessen Schwert aus „Wort Gottes“ und der Helm aus dem Buchstaben HEIL gebildet wurde. Mit den Geistesgaben Gottes \(Eph. 6\) ist der Kampf nicht vergeblich.](#)



Kirche als Moral-Agentur in der politischen Arena?



Tagung zur Gewissensbildung und
politischen Entscheidungsfindung

Podiumsdiskussion des EAK Thüringen am 29. September 2016 im Erfurter Landtag

Mit welcher Legitimation und auf welcher Basis urteilen Kirchen über politische Sachthemen, die in Regierungen und Parlamenten zur Entscheidung stehen? Bewegen sie sich damit im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags? Und was bedeuten diese Verlautbarungen für gläubige Christen, die auf unterschiedliche Weise auf die Entscheidungsfindung in derart umstrittenen Fragen Einfluss nehmen können oder müssen?

Diese sehr grundsätzliche Fragestellung der Rolle der großen Kirchen in der heutigen Gesellschaft war die Folie für einen spannenden Diskurs am Abend des 29. September im Besucherzentrum des Thüringer Landtags. Der **Thüringer CDU-Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Mike Mohring** eröffnete die Debatte mit einem Statement, in dem er die Frage aufwarf, ob kirchliche Stellungnahmen zu konkreten, tagesaktuellen, politischen Handlungsfeldern nicht in der Gefahr stehen, zur Parteinahme von Kirche im politischen Meinungsstreit zu führen, und damit deren Rolle als ethisches Gewissen in unserer Gesellschaft konterkarieren. Der Redner war um ein Beispiel nicht verlegen und führte die Stellungnahme der beiden großen Kirchen zum „Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten“ an. Dieses wurde im Mai vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen. Die Bevollmächtigten der Kirchen bei Landtag und Landesregierung übergaben vor der Beratung im Bundsrat eine Stellungnahme an den Thüringer Ministerpräsidenten mit dem Ziel ein Inkrafttreten des Gesetzes zu verhindern. Dies, so Mohring, sei ein Eingriff in Politikgestaltung, der nicht nur zur Polarisierung in der Asyldebatte beitrage, sondern vom Auftrag der Kirche auch nicht gedeckt sei.



„Der christliche Glaube ist immer politisch,“ führte der **Münchener Theologe und Ethik-Professor Reiner Anselm** in seinem Impulsreferat aus. Die Kirchen seien in Deutschland trotz dramatisch sinkender Mitgliederzahlen immer noch gefragte Gesprächspartner der Politik. In dieser Rolle könnten sie sich aber nur behaupten, wenn sie zu politischen Fragen verbindende ethische Positionen suchten und auf einen moralisierenden Anspruch des Besserwissens verzichteten. Diese Einschätzung bestätigten in der folgenden Diskussion mit differenzierten Statements die weiteren Teilnehmer des Podiums **Oberkirchenrat Christian Fuhrmann vom Landeskirchenamt der EKM, der Politikwissenschaftler und langjährige frühere Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena Klaus Dicke und der Richter am Landgericht Martin Borowsky**. Moderiert wurde die Runde vom **Chefredakteur der evangelischen Wochenzeitung „Glaube + Heimat“ Willi Wild**.

Aus dem Publikum verteidigte der Beauftragte der Evangelischen Kirchen Oberkirchenrat Christhard Wagner das Vorgehen der Kirchen bei der Frage, ob die Maghreb-Staaten sichere Herkunftsländer seien. Schwere Menschenrechtsverletzungen in diesen Staaten müssten bei der Entscheidungsfindung in die Waagschale geworfen werden. Darauf aufmerksam zu machen, sei eine originäre Aufgabe für die Kirchen. Auch wenn diese Frage schließlich im Raum stehen blieb, waren sich Podium und Publikum einig, dass solche Debatten für das demokratische Politikverständnis wertvoll sind und weiter geführt werden sollten. **Die wesentlichen Gedanken aus dem Vortrag von Prof. Anselm finden Sie in dem folgenden, redaktionell gekürzten Text seines Manuskripts.**

Kirchen als Moralagenturen der Gesellschaft?

Impulsreferat von Prof. Dr. Reiner Anselm bei der Podiumsdiskussion des EAK Thüringen

Das Verhältnis von Glauben und Handeln steht am Anfang der Reformation. Mit Verve und schließlich auch unter Inkaufnahme aller Konsequenzen beharren die Reformatoren darauf, dass der Kern des christlichen Glaubens nicht im Befolgen moralischer Anweisungen liege, sondern im Vertrauen auf Gott den Schöpfer, Versöhner und Erlöser. Dieser Glaube bildet die Grundlage, auf der sich Christinnen und Christen dem Nächsten zuwenden. Weil sie auf Gottes heilschaffende Kraft vertrauen, können sie ihre ganze Aufmerksamkeit dem Nächsten und seinen Bedürfnissen widmen.



Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig und konsequent, dass Wolfgang Schäuble Anfang dieses Jahres in einem Beitrag anlässlich des bevorstehenden Reformationsjubiläums mahndend eine Fixierung des Protestantismus auf das politische Engagement diagnostiziert hat. Ganz in der Tradition der Reformatoren betont er, der evangelischen Kirche drohe der „spirituelle Kern“ abhandenzukommen, ohne den „die bestgemeinte politische Programmatik schal und ihr selbst gestecktes Ziel ... unerreichbar“ bleibe. Es „entsteht der Eindruck, als gehe es in der evangelischen Kirche primär um Politik, als seien politische Überzeugungen ein festeres Band als der gemeinsame Glaube“. Schäuble bestreitet nicht, dass Religion politisch sein muss, doch

müsse sie, „um politisch zu sein, erst einmal Religion sein“.



Doch trotz aller Anleihen an die Reformationszeit ist die Diagnose Schäubles einer Konzentration auf politische Fragen zwar richtig, die Grundlage, von der aus er diese Schwerpunktsetzung aus kritisiert, ist es aber nicht. Der christliche Glaube ist immer politisch, er entfaltet schon im biblischen Zeugnis seine Kraft nur, weil er sich mit einer politischen Metaphorik verbindet. Begriffe wie Reich Gottes, Gerechtigkeit, Gnade lassen sich als religiöse Begriffe nur deuten und verstehen, weil sie an entsprechende Erfahrungen im Raum des Politischen anknüpfen können. Das Christentum ist daher auch von seinen Anfängen her keine Religion der Innerlichkeit, sondern der Weltgestaltung. ...

Im weiteren Verlauf prägten sich zwei Muster aus: Zum einen der Versuch, den Staat als Garanten einer verbindenden Sittlichkeit zu profilieren, der seinerseits auf die Integration der unterschiedlichen Teilbereiche (der Gesellschaft) verpflichtet ist. Zum anderen das liberale Modell, das auf eine Parteinahme ... verzichtet und jenseits freiheitsgarantierender rechtlicher Ordnungen den Aufbau einer Wertorientierung zur Privatsache erklärt. ...

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts (gewinnt) die liberale Linie die Oberhand. Eine sich in so nicht

gekannter Weise beschleunigende Modernisierung und vor allem ein stark steigender Wohlstand nach dem 2. Weltkrieg geht – zumindest für die alte Bundesrepublik – mit einer starken Individualisierung einher. Diese bringt viele neue Freiheitsgrade, aber sie lässt auch die Einzelnen vereinzelt und mit der Aufgabe zurück, ihren Lebensentwurf als Projekt zu begreifen, sich beständig zu optimieren und sich gegenüber den konkurrierenden Projekten zu behaupten.

In den neuen Ländern, aber auch in den osteuropäischen Beitrittsstaaten zur EU haben sich dieselben Prozesse nach 1989 in einem nochmals extrem beschleunigten Tempo vollzogen. Nicht nur dort, dort aber in besonderem Maße, sehen wir heute die Grenzen dieses



Prof. Dr. Reiner Anselm

1984-1990 Studium der evangelischen Theologie in München, Heidelberg und Zürich;
1993 Promotion zum Dr. theol. mit einer Arbeit über die protestantischen Einflüsse auf die deutsche Strafrechtsreform; danach Vikariat und wissenschaftlicher Assistent an der LMU in München;
1995 Ordination und 1998 Habilitation mit einer Studie zur Kontextualität des lutherischen Kirchenbegriffs; danach Lehrstuhlvertretungen in Dresden und Augsburg, 2000-2003 Professor für Systematische Theologie und Ethik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
2003-2014 Lehrstuhl für Ethik im Rahmen systematischer Theologie an der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen, dort Studiendekan seit 2010
seit 2014 Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Programms. Die Notwendigkeit permanenter Selbstbehauptung führt nicht notwendig zu größeren Freiheiten und Chancen, sie lässt auch Verlierer zurück – oder zumindest die, die sich als Verlierer fühlen. Die neuen Rufe nach dem starken, möglichst homogenen Staat, der vor den Nebeneffekten von Modernisierung schützt, sind hier nur eine konsequente Folge. ...

Es wird Sie (dennoch) nicht verwundern, wenn ich vorschlagen möchte, die geforderte Integration nicht über eine staatliche Autorität, sondern über die Profilierung der Kirchen als Moralagenturen zu erreichen. Dazu aber ist es notwendig, die von den Kirchen vertretene Moral gerade nicht als konfliktverschärfend und positionell, gerade auch nicht wie das in dem Gegenüber zwischen Kirche und Staat in den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts erfolgte, als ein Wächteramt der Kirche gegenüber dem Staat zu verstehen. Die spezifische Funktion der Kirchen als Moralagenturen besteht darin, die christliche Botschaft so zur Geltung zu bringen, dass sie die unterschiedlichen Teilbereiche der Gesellschaft und ihre Logiken nicht ignoriert oder kaltzustellen versucht, sondern die Botschaft von der Versöhnung so zur Geltung bringt, dass sie auf den Ausgleich zwischen den konkurrierenden Angeboten und Logiken hinwirkt. ...

Demokratische Gesellschaften leben vom Wettbewerb, der mit Hayek erst einmal der Umgang mit Unsicherheit ist. Der Grund dafür liegt in der Komplexität der Fragestellungen und der Tatsache, dass es nicht möglich ist, unter den Bedingungen einer offenen Geschichte, also derjenigen auf dem Grund des Christentums erwachsenen, neuzeitspezifischen Bewusstseinsumstellung, dass die Welt nicht so bleiben soll, wie sie ist, zu wissen, wie entsprechende Regelungen und

Normierungen aussehen sollen. Jede Vorstellung gesellschaftlichen Zusammenlebens, die auf Konkurrenz und Wettbewerb verzichten wollte, müsste für sich in Anspruch nehmen können, aus einer Perspektive absoluten Wissens agieren und so Zuteilung sowie Innovation abschließend beurteilen zu können. Im Wettbewerb unterschiedliche Strategien zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen, ist ein Grundcharakteristikum der Demokratie. Wettbewerb ist dabei nicht nur für Verteilung und Entwicklung, sondern besonders auch für die Frage der Motivation ein entscheidender Faktor. ...

Mehr als früher sehen wir heute, dass dieser Wettbewerb nicht nur im Bereich des Marktes auf ein verbindendes Band und auf regulierende Instanzen angewiesen ist, und zwar auf ein Band, das mehr ist als nur die Sicherung der Möglichkeiten des Wettbewerbs. Konkurrierende Interessen bilden, anders als es die klassischen liberalen Modelle meinten, nicht schon in ihrem bloßen Wettbewerb miteinander eine soziale Welt aus. Vielmehr bedarf es zur Beurteilung unterschiedlicher Lösungsansätze immer schon gemeinsam geteilte Vorstellungen. Genau in der Formulierung solcher gemeinsam geteilten Vorstellungen nun besteht die Funktion der Kirchen als Moralagenturen. ...

Es sind Vorstellungen, die in gewisser Weise einen Transzendenzcharakter haben, sie sind also dem unmittelbaren Wettbewerb und Diskurs enthoben. ... Richtig ist (...), dass das von den Kirchen vermittelte, verbindende Band, möge man es nun gemeinsame Kultur, Grundwerte oder gar Leitkultur nennen, auch für diejenigen expliziert werden muss, die nicht in der Kirche angehören. Allerdings darf diese Position – so sehr sie auf die Welt und insbesondere das Politische bezogen sein muss – nicht selbst sich als eine Position unter anderen

Engagiertes Podium



in diesem Diskurs präsentieren. In der Wahrnehmung dieser Aufgabe liegt die Aufgabe der Kirchen als Moralagenturen, und in der beschriebenen Weise vollzieht sie sich eher als Hintergrundtheorie denn als Verstärker für eine besondere Position.

Dass eine solche Aufgabenbeschreibung nicht einfach nur eine apologetische Strategie zur Betonung der Relevanz der Kirchen in der Moderne ist, zeigt sich, wenn man auf die spezifische Ausprägung der Säkularisierungsthese blickt. Diese besteht in ihrer Verwendung in den Sozialwissenschaften aus drei aufeinander aufbauenden Teilthesen:

- Funktionale Differenzierung und Verlust der Sinndeutungshoheit der Religionen (bzw. der Kirchen)
- Gesellschaftlicher Bedeutungsverlust von Kirchen und Religionen
- Rückzug der Religion in das Private und allmähliches Absterben der Religion

Mit der funktionalen Differenzierung geht ein Bedeutungsverlust der Religion einher, der deren öffentliche Bedeutung schwinden lässt. Es kommt zum Rückzug der Religion ins Private und schließlich auch zum Absterben der Religion. Jeder, der mit Kirchenmitgliedschaftszahlen beschäftigt ist, weiß, dass hinter dieser These durchaus eine gewisse Evidenz steht. Die

Gegenwart ist gekennzeichnet durch einen fortlaufenden und vor allem ungebrochenen Mitgliederschwind bei allen großen Religionsgemeinschaften, gerade auch bei den christlichen Kirchen.

Allerdings bleibt bislang unklar, ob es hier tatsächlich eine Gesetzmäßigkeit gibt. Denn zumindest für Deutschland gilt, dass der zweite Teil der These, der öffentliche Bedeutungsverlust und der Rückzug ins Private, kaum auszumachen ist. **Beide Kirchen sind – interessanterweise trotz der stark gesunkenen Mitgliederzahl – gefragte Gesprächspartner in politischen, insbesondere in ethischen Fragen. ...** Der moderne Staat ist sich selbst genug, seine Selbstkonstitution genügt ihm. Allerdings ist er auch souverän genug, die Religionsgemeinschaften als wichtige Partner bei der inhaltlichen Bestimmung der Grundsätze des Zusammenlebens anzuerkennen. Das allerdings nur, wenn diese ihrerseits die Spielregeln des demokratischen Staates anerkennen und sich nicht als positionenfixierte Wächter inszenieren, sondern so etwas wie die Thematisierung des verbindenden Konsenses zu ihrer Aufgabe machen.

Interessanterweise bedeutet also für Deutschland Säkularisierung nicht einfach den Bedeutungsverlust der Kirche, wohl aber die Verlagerung der ihr zugeschriebenen Kompetenz auf den Bereich des Ethischen, und dabei insbesondere im Blick auf die Formulierung eines

solchen Grundkonsenses, der den Korridor abgrenzt, innerhalb dessen die politische Meinungsbildung erfolgen kann und soll. Diese selbst allerdings sollen die Kirchen der Politik überlassen. ...

Es zeigt sich, dass der Religion im Blick auf die Grundsätze des Zusammenlebens eine besondere, offenbar von der individuellen Zugehörigkeit und auch der Zustimmung als Leitlinie für die eigene, individuelle Lebensführung weitgehend unabhängige Bedeutung zukommt. Die Kirchen sollen für eine bestimmte ethische Imprägnierung der Gesellschaft sorgen, die es den Einzelnen ermöglicht, sich davon noch einmal unabhängig zu verhalten. Plakativ gesagt: Die Kirchen sollen schon gegen Sterbehilfe oder auch für die Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare sein, meine eigene Einschätzung kann aber davon durchaus abweichen.

Kirchen stehen in dieser Perspektive als Moralagenturen für das Verbindende, Allgemeine. Dieses Allgemeine aber muss gerade dem konkreten politischen Diskurs abständig bleiben, wenn es die ihm zugewiesene Funktion erfüllen soll. ... So endet dieser Impuls mit etwas typisch Protestantischem: Dem Sowohl – als auch. **Ja, Kirchen sind die Moralagenturen der Gesellschaft, und: Nein, sie dürfen das nicht mit einem moralisierenden Anspruch des Besserwissens verbinden.**

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)

Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“

Volker Heerdegen, Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen



Name

Volker Heerdegen

Wohnort

Apolda

Alter

56

Beruf

Dipl.-Ingenieur; Verwaltungsfachwirt FL II

In welcher Kirchengemeinde sind Sie beheimatet?

Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Apolda in der Superintendentur Apolda-Buttstädt.

Sie engagieren sich ehrenamtlich im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Was hat Sie dazu bewogen?

Schon frühzeitig habe ich als CDU-Kreisgeschäftsführer Kontakt zum EAK gesucht. Für mich war immer wichtig, dass ich als Christ nicht nur Dienst in meiner Kirchengemeinde

tue. Als politisch arbeitender Mensch will ich aus christlicher Überzeugung Verantwortung tragen und gestalten. Im EAK der CDU Thüringen finde ich viele Gleichgesinnte. Kirche und Politik lassen sich hier gut miteinander verknüpfen.

Was verbinden Sie mit dem Reformationsjubiläum im Jahr 2017?

Christliche Werte dürfen nicht nur in Kirche, sondern müssen im öffentlichen Leben gelebt und umgesetzt werden. Unser christliches Abendland ist stark davon geprägt. Doch wenn wir nicht immer wieder diese Prozesse reformieren, dann rennen wir irgendwann nur noch dem Zeitgeist hinterher. Luthers Thesenanschlag nach 500 Jahren zeigt uns ganz deutlich auf, dass es in Kirche, im öffentlichen Leben und in der Politik keinen Stillstand geben darf.

Was möchten Sie in dieser Amtszeit im EAK bewegen?

Ich möchte dazu beitragen, dass die Menschen in unserer Gesellschaft, egal ob mit oder ohne christliche Bindung, mit oder ohne politische Heimat, stets den Dialog suchen. Nicht übereinander, sondern miteinander reden!

Haben Sie einen Lieblingspsalm? Wenn ja, welcher und weshalb dieser?

Psalm 37: „Befiel dem Herrn deine Wege...“ Aus tiefster Überzeugung zu Gott unserem Herrn werde ich dadurch gestärkt und getröstet, im Guten wie im Bösen.

Welches Lied singen Sie im Gottesdienst besonders gerne?

Das Lied „Vertraut den neuen Wegen“. Klaus Peter Hertzsch hat 1989 mit dem Text den Menschen viel Zuversicht geschenkt. Das Leben ist ein ständiger Veränderungsprozess und deshalb sollte man stets den neuen Wegen auch vertrauen.

Herr Heerdegen, 2017 findet die 4. Thüringer Landesgartenschau und der 16. Thüringentag in Apolda statt. Was bewegt Sie mit diesen Ereignissen?

Zunächst ist es eine große Chance für Apolda, viele Menschen aus dem Freistaat und darüber hinaus in der Glockenstadt zu begrüßen. Diese beiden Ereignisse werden schon seit längerem vor Ort von vielen Engagierten vorbereitet. Gerade im Jahr des Reformationsjubiläums werden Menschen viele Fragen zu Kirche und Ökumene haben und nach Angeboten suchen. Ich möchte mich dort mit einbringen und für die Besucher ein guter Gastgeber und Gesprächspartner sein. Apolda soll unvergessliche Erlebnisse hinterlassen.



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat einen **Faktencheck** zum Thema: „**Wohin führen die Alternativen der AfD?**“ herausgegeben, der nüchtern, klar und sachlich über Programmatik und Strategien der AfD informieren will. Es wird darin deutlich: Die AfD macht kein Angebot für eine verantwortliche und vernünftige bürgerliche Politik. Noch viel weniger ist sie eine Alternative für Christinnen und Christen.

Den Faktencheck erhalten Sie online unter: www.eak-cducsu.de unter „Aktuelles“ oder als gedruckte A5-Broschüre (Einzelexemplare kostenfrei; 50 Stück = 25,00 Euro)

Von der „doppelter Staatsbürgerschaft“ der Christen und dem Dienst des Glaubens an der politischen Kultur

Christliche Verantwortung zwischen demokratischem Rechtsstaat, politischer Position und Gottesreich

von Prof. Dr. Harald Jung, Professor für Ethik und Soziallehre an der Internationalen Hochschule Liebenzell, Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen bis 2010

Was ist der Auftrag der Kirchen in politisch bewegten Zeiten? Wie politisch dürfen – sollen – müssen sie sein? Sind sie, wie im Titel einer kürzlich in Erfurt gehaltenen Gesprächsrunde, „Moralagenturen“ für die politische Arena, sind sie „apolitisch-neutrale Heilsanstalten“ oder selbst zur Aktion herausgeforderte Partei? Welche Botschaft haben wir als Christen auszurichten – und welche Rolle können Kirchen (und Weihnachtsschoräle) im „kriselnden Abendland“ haben.

Wie politisch dürfen Kirchen sein? Welche Rolle kann – soll – oder muss gar der christliche Glaube im aktuellen politischen Geschehen spielen? Wie verhalten sich „letzte“ und „vorletzte“ (Bonhoeffer), zeitliche und ewige Fragen zueinander? Bei einer Tagung vor rund 15 Jahren klagte ein älterer Oberkirchenrat, das „Genre“ der „politischen Predigt“ sei bei den jüngeren Theologen praktisch ausgestorben... Ein anderer Teilnehmer rief spontan in die Runde: „In welchem gesegneten Landstrich leben Sie!?“ – und bewirkte weithin zustimmendes, befreites Lachen.

Noch etwas länger liegt meine letzte Begegnung mit dem durchaus politisch streitbaren rheinischen Präses Peter Beier Mitte der 1990er Jahre zurück, bei dem ein Gemeindeglied sich über einen Pfarrer beklagte, der sein Amt v.a. als „politischer Aktivist“ auffasse, und die Gemeinde darüber tief gespalten hätte. Die Reaktion des Präses hat mich damals beeindruckt und ist mir noch wie gegenwärtig. Nachdenklich antwortete Peter Beier



Prof. Dr. Harald Jung, Schönbrunn

lehrt Ethik und Soziallehre an der IHL (Internationale Hochschule Liebenzell), Dekan für Hochschul- und Forschungsoperationen, Stellvertretender Studiengangsleiter für M.A. Evangelische Theologie, er gehörte bis 2010 dem Landesvorstand des EAK Thüringer an und ist Ökonom und Theologe und gibt u.a. Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik/ Journal of Markets and Ethics heraus (www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb/de/forschung/zeitschriften/zeitschrift-fuer-marktwirtschaft-und-ethik)

nach kurzer Pause, man müsse das auch ein bisschen verstehen, denn das sei schon auch eine verständliche Flucht. Denn schließlich sei es oft einfacher, „eine Bürgerinitiative gegen eine Umgehungsstraße zu organisieren, als einem Schwerkranken am Sterbebett Rede und Antwort zu stehen“. Der Typus des politisch eifernden Theologen, der im Schutz seiner Kanzel die schweigende Gemeinde mit seinen tagespolitischen „Bekennnissen“ beheligt, schwankt in der Wahrnehmung leicht zwischen etwas hilfloser Deplatziertheit und eher finsternen Reminiszenzen – vielleicht in Thüringen mit (historischen) Gründen noch mehr als andernorts. Schnell ist dann auch jene glatte Gegenposition zur Hand, Kirche möge doch bei „ihrem Geschäft“ von politisch unanstößiger „See-

lenerhebung“ bleiben und die Arena realpolitischer Macht jenen überlassen, die ihre moralisierende Naivität hinter sich gelassen haben. Politik soll von dieser Position her – ganz wie dann auch Wirtschaft, Recht und all die anderen „modern ausdifferenzierten Lebensbereiche“ – ihren ganz eigenen Gesetzen folgen, einer autonomen inneren Logik. Politik gilt dann als „gut oder schlecht gemacht“ – spezifisch christliche Ansprüche dagegen allenfalls „gut gemeint“. Ach, wenn gerade evangelische Sozialethik doch nicht so einen unseligen Hang zur „Sprunghaftigkeit“ hätte – auf dessen sachliche Hintergründe wird noch einzugehen sein.

Neue „Tagesaktualität“ hat diese klassisch zu nennende Frage nach politischem Gewicht und der ethischer Orientierungskraft christlichen Glaubens inzwischen auch nach dem Auftreten der AfD (mit recht unklaren „Frontverläufen“) gewonnen.

Anfänglich hatte sie sich nämlich jedenfalls in wichtigen Teilen als ein christlich orientiertes, wertkonservatives Angebot präsentiert, gerade für enttäuschte Christdemokraten. Zwischenzeitlich distanziert sich dagegen ihr Parteivize und „programmatischer Vordenker“ Alexander Gauland in einem Gespräch mit der „ZEIT/Christ und Welt“ von der Vorstellung, die AfD wäre in ihrer Programmatik christlich orientiert – ja, selbst das viel zitierte Abendland will er nicht „christlich“ sondern eher „räumlich“ verstanden wissen. Am gleichen Ort war die Frage nach der christlichen Orientierung schon im

Frühsommer 2014 Thema einer Debatte gewesen zwischen dem Verfasser und dem inzwischen zur FDP zurückgekehrten Theologen und damaligen AfD-Politiker und Hoffnungsträger Sebastian Moll. Irgendwo dazwischen liegt der denkwürdige Versuch besonders in Dresden, mit dem gemeinsamen Singen christlicher Weihnachtslieder im „öffentlichen Raum“ zu wirken – einer in der (ganz ohne die Mitwirkung des Islam) weitgehend „entchristianisierten“ Gesellschaft in Sachsen zunächst ja hoffnungsvoll wirkenden Idee, wäre darin nicht so fraglich, *wer* sich hier *wozu* bekennen will.

So entsteht eine merkwürdige Kluft zwischen der frohen Botschaft vom barmherzigen Retter der Welt, der verletzlich als ein Kind in seine Schöpfung kommt, und der Inanspruchnahme eines verblassten Christentums als „kulturellem Marker“ statt als lebendigem Quellgrund. Keine Hinwendung zu Gebet und Gottesdienst ist zu erleben, die sich nach den Wurzeln eines eigenen geistlichen Lebens ausstrecken würde, wie man es vor 1989 hier und da erhoffen konnte. Das „Abendland“, das hier „verteidigt“ werden soll, wirkt merkwürdig entleert und „leichenblass“.

Womit wir wieder ganz neu bei der Frage nach der Orientierungskraft des christlichen Glaubens und dem Auftrag der Kirchen wären. In einem engagierten Beitrag zu „Kirche und Theologie als Moralagenturen der Gesellschaft“ 2015 in Eisenach beklagt der emeritierte Züricher Systematiker Johannes Fischer eine sowohl innerkirchlich wie gesellschaftlich zu beobachtende „Moralisierung“ der „Dimension des Religiösen“. Warnend skizziert er dabei auch die Versuchung auf Seiten von Kirchen,

verlorene gesellschaftliche Relevanz durch ein „gesetzesmoralisches Verständnis“ des Ethischen zu kompensieren, auf dessen Grundlage kirchliche Gremien und Amtsträger quasi „ex cathedra“ so etwas wie moralische Zensuren für politische Einzelentscheidungen vergeben. So kann sich Kirche, wenn auch oft abgewogener als im revolutionären Überschwang früherer „politischer Kanzelpropheten“, als eine Art „politischer Dienstleister“ im Parteidiskurs positionieren, was nur auf den ersten Blick nach Bedeutungsgewinn klingt. Droht nicht auch hier die Gefahr einer vordergründigen „Indienstnahme“ Gottes?

Mit solch kritischem Blick ist keineswegs die „realpolitische“ Gegenposition verbunden, die Wendung „als Christ“ habe in der politischen Argumentation keinen Platz (Sebastian Moll), und könnte so bequem zur Seite geschoben werden. Im Gegenteil. Es wäre ein merkwürdiger Glaube an einen „welt-losen“ Gott, der Christen nicht auch und gerade im Politischen betreffen, motivieren und „ausrichten“ würde. Was würde die existenzielle Begegnung mit Gott bedeuten, wenn sie im Blick auf mein wirkliches Leben, meinen Blick auf die Welt und den Menschen ohne Bedeutung bliebe. Aber es bleibt fraglich, welchen Beitrag ein stellvertretendes, „institutionelles politisches Gewissen“ leisten kann.

Der christliche Glaube ist in seiner Wirkung und Orientierung von enormer politischer Kraft. Er kann zum Kampf um die Überwindung von Sklaverei bewegen, wo er das Gewissen von Menschen ergreift (Wilberforce). Er kann ein Bewusstsein von der unverfügbaren Würde des Menschen begründen, das nicht durch politische Klugheitskal-

küle zu „reproduzieren“ oder zu ersetzen ist (Böckenförde, Radbruch u.a.) oder eine weltweit wirksame Formulierung von Menschenrechten begründen (J. Maritain). Er kann helfen, vermeintliche „Erbfeindschaften“ zu überwinden und Frieden zwischen Ländern zu stiften (R. Schuman). Er kann Mauern überwinden und er kann die ungezählten, eindrucksvollen Zeichen der Zuwendung zu Menschen als meinen Nächsten setzen, selbst inmitten von Not, Bedrängnis und Unrecht. Und er vermag viel mehr – wenn er nicht meint, sich aus dem Politischen „Relevanz borgen“ zu müssen!

Der Beitrag der christlichen Kirchen – auch ihr politischer Beitrag – lebt aus der existenziellen Relevanz des Glaubens – oder sein Bemühen bleibt kraftlos und blass. Wo wir Menschen zum Glauben ermutigen und das Evangelium ausrichten, wo daraus der Impuls erwächst, dass sich Menschen immer wieder in zeichenhafter Nachfolge anderen zuwenden und wo Christen u. U. unterschiedliche politische Entscheidungen auch ausdrücklich und argumentativ vor ihrem christlichen Blick auf Menschen und Welt begründen, da können Christen und Kirchen in Botschaft und Handeln eine gesellschaftliche Kraft und Wirkung entfalten, die nicht zu ersetzen ist. **Dazu sind besonders Kirchen immer wieder herausgefordert, nicht als Kirchen nur „irgendein weiterer“ politischer Akteur neben anderen zu werden, der mit „moralischem Kapital“ um Zustimmung auf dem Markt der Politik wirbt. Wo Kirche sich öffentliche Relevanz als Teilnehmer in der politischen Arena meint „ausborgen“ zu müssen, kann sie an prägender und orientierender Kraft nichts gewinnen.**

Aus dem Thüringer Landtag:

Religionsfreiheit gegen jede Form der Einschränkung verteidigen

CDU-Fraktion will interreligiöse Kompetenz und Toleranz stärken

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag setzt sich dafür ein, interreligiöse Kompetenz und Toleranz zu stärken, christlich-jüdisch-abendländische Werte zu schützen und antichristliche Gewalt zu ächten und zu verfolgen. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion im August dieses Jahres eingereicht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene für die genannten Ziele einzusetzen. Konkret will die CDU-Fraktion erreichen, dass der in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Suhl angebotenen Erstorientierungskurs für Flüchtlinge das im Grundgesetz verankerte Recht auf Religionsfreiheit intensiver erläutert als bisher. „Die Landesregierung muss außerdem sicherstellen, dass alle in Thüringen aufgenommenen Asylbewerber über 14 Jahre unverzüglich nach ihrer Ankunft, der Registrierung und der Gesundheitsuntersuchung an diesem Erstorientierungskurs verpflichtend teilnehmen“, erklärte religionspolitische Sprecherin Gudrun Holbe.



Ob und in welchem Umfang Übergriffe auf Christen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften religiös motiviert sind und ihnen die Nicht-Akzeptanz des Grundrechts auf Religionsfreiheit zugrunde liegt, ist 2015/16 wiederholt Gegenstand politischer Kontroversen gewesen. „Um den lückenhaften Kenntnisstand in dieser Frage zu verbessern, fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, sich in der Innenministerkonferenz für die Er-

Antrag

der Fraktion der CDU

Interreligiöse Kompetenz und Toleranz stärken - Christliche Werte schützen und antichristliche Gewalt ächten und ahnden

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. in der Innenministerkonferenz darauf hinzuwirken, den Themenfeldkatalog der polizeilichen Kriminalitätsstatistik sowie der politisch motivierten Kriminalität um den Punkt "Hasskriminalität" zu erweitern, mit dem Ziel künftig "religiös motivierte Kriminalität gegen Christen/antichristlich motivierte Kriminalität" statistisch zu erfassen;
2. sich auf Bundesebene für eine Erweiterung des § 4 der Verordnung über das Bewachungsgewerbe in der Fassung vom 10. Juli 2003 (BGBl. I S. 1378) um eine Nummer 7 "interreligiöse Kompetenz" einzusetzen;
3. den Kursplan des in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Suhl angebotenen Erstorientierungskurses im Modul 1 "Leben in der Bundesrepublik", Punkt "Verfassung, Grundwerte, innere und äußerer Sicherheit" um die vertiefte Vermittlung des Wesensgehalts des Artikels 4 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes zu erweitern;
4. dafür Sorge zu tragen, dass alle in Thüringen aufgenommenen über 14 Jahre alten Asylbewerber unverzüglich nach ihrer Ankunft, der Registrierung und der Gesundheitsuntersuchung an diesem Erstorientierungskurs verpflichtend teilnehmen;
5. dafür Sorge zu tragen, dass die Auseinandersetzung mit Salafismus und Islamismus nicht dazu führen darf, christliche Symbole aus dem öffentlichen Raum zu verbannen.

weiterung des Themenfeldkataloges Hasskriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik um den Punkt religiös motivierter Kriminalität gegen Christen einzusetzen“, erklärte Frau Holbe. Dies sei wichtig, um die vielfach durch Emotionen geprägte Diskussion durch ein festes Faktenfundament zu versachlichen.

Große Verantwortung tragen laut Holbe auch Bediensteten des Bewachungsgewerbes, die für ankommende Flüchtlinge und Migranten zu den ersten Bezugspersonen gehören. „Deshalb sollte sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Erweiterung des Paragraphen 4 der Verordnung über das Bewachungsgewerbe um eine Nummer 6 namens ‚interreligiöse Kompetenz‘ einsetzen“, erläuterte

Holbe weitere Inhalte des CDU-Antrags.

„Wir müssen alles dafür tun, dass das im Grundgesetz verankerte Verständnis von Religionsfreiheit als gelebte Praxis gestärkt und gegen jede Form der Einschränkung verteidigt wird. Klare und durchgesetzte Regeln gehören dazu genauso wie interreligiöse Kompetenz und Toleranz. Unverrückbar muss jedoch der Fakt stehen, dass die christliche Prägung Deutschlands maß-

geblich für unser Staatsverständnis und unsere politische Kultur ist. Daher darf die Auseinandersetzung mit Salafismus und Islamismus nicht dazu führen, christliche Symbole aus dem öffentlichen Raum zu verbannen“, so Frau Holbe., die auch Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises ist.

Der vollständige Antrag ist im Internet unter

<http://parldok.thueringen.de/ParIdok/dokument/59223/interreligi%C3%b6se-kompetenz-und-toleranz-st%C3%A4rken-christliche-werte-sch%C3%Bctzen-und-antichristliche-gewalt-%C3%A4chten-und-ahnden.pdf>

zu finden.

Johannes Mebus – 1896-1979

Kirchenmann und Parlamentarier im Kampf um die Freiheit der christlichen Verkündigung

Eine Veranstaltung des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt in Verbindung mit der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Vortrags- und Gesprächsabend

17. November 2016, 18.00 Uhr, Evangelische Michaeliskirche
Michaelisstraße 11, Erfurt

Johannes Mebus gehörte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu seiner Entpflichtung als Senior des Kirchenkreises Erfurt 1968 zu den prägenden Gestalten des kirchlichen Lebens in Erfurt. Als Mann der Bekennenden Kirche kam er 1938 nach Erfurt und übernahm eine Pfarrstelle in der Evangelischen Thomaskirche. Geprägt durch die Erfahrungen des Kirchenkampfes, setzte er sich auch nach 1945 für die Freiheit der christlichen Verkündigung und der kirchlichen Arbeit - vor allem auch der Jugendarbeit - ein. Von 1945 bis 1950 spielte er als Mitglied der Beratenden Landesversammlung, des Erfurter Stadtrats, des Thüringer Landtags, des Volksrats der Sowjetischen Besatzungszone und der daraus hervorgegangenen provisorischen Volkskammer der DDR eine herausgehobene politische Rolle. Ziel des CDU-Politikers und Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag war es, den Kirchen Wirkungsmöglichkeiten zu erhalten und die ideologische Vorherrschaft der SED in Staat und Gesellschaft abzuwehren. 1952 trat der streitbare Pfarrer aus der CDU aus. 1953 berief ihn die Kirchenleitung der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zum Senior des Kirchenkreises Erfurt.

Am Beispiel des Kirchenmannes und Politikers Mebus wird deutlich, wie Kirchenleitungen und Christen im vorgegebenen Rahmen versuchten, kirchliche Freiräume zu sichern. Diesen Rahmen zogen Sowjetische Militäradministration und SED immer enger.

Johannes Mebus lebte von 1896 bis 1979. Anlässlich der 120. Wiederkehr seines Geburtstages erinnert der Kirchenkreis Erfurt gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag an diesen Pfarrer und Politiker.

Begrüßung

Senior Dr. Matthias Rein

Grußwort

Mike Mohring MdL, Vorsitzender der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag

Dr. Karl-Eckhard Hahn

In der Wegbereitung zur Ausrichtung des Wortes – Johannes Mebus als Parlamentarier 1946 bis 1950

Dr. Aribert Rothe

Johannes Mebus – bekennender Christ und Kirchenmann in zwei Diktaturen

Gelegenheit für Rückfragen und Ergänzungen

Empfang mit Imbiss

Die Vision: Transformation unserer Welt

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

von Johannes Selle, Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Es kommt nicht so oft vor, dass sich die Staaten und die Menschen dieser Welt einig sind. Schon gar nicht, wenn es um etwas Grundsätzliches geht. Aber am 1. September 2015 gab es eine solche Sternstunde der Menschheit. Die 193 Staaten der UNO verabschiedeten den von der Generalversammlung auf ihrer neunundsechzigsten Tagung an das Gipfeltreffen der Vereinten Nationen überwiesenen Resolutionsentwurf mit dem Titel „Transformation unserer

Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“.

Angesichts der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, der Umweltzerstörung, des Klimawandels mit Wüstenbildung, Stürmen, Anstieg des Meeresspiegels, Verlust der Biodiversität ist die Erkenntnis erdrückend geworden, dass sich die Probleme der Menschheit weiter verschärfen werden durch Mangel und Konflikte, wenn man nicht konsequent anders handelt.

„Das Überleben vieler Gesellschaften und der biologischen Unterstützungssysteme der Erde ist in Gefahr“ heißt es in der Resolution. Mit 17 Hauptzielen, die durch 169 Unterziele detailliert aufgeschlüsselt sind, wird deutlich, was wir erreichen sollten. Es tut gut, diese Ziele zu lesen und es gibt wieder Hoffnung, die man gegen die Verzweiflung an der Menschheit setzen kann.



Die 17 Hauptziele der Vision

Ziel 1 – Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Ziel 2 – Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Ziel 3 – Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Ziel 4 – Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Ziel 5 – Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Ziel 6 – Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Ziel 7 – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Ziel 8 – Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Ziel 9 – Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Ziel 10 – Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Ziel 11 – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Ziel 12 – Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Ziel 13 – Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Ziel 14 – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Ziel 15 – Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Ziel 16 – Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Ziel 17 – Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Erst die Bedrohung der gesamten Schöpfung auf unserem Planeten scheint eine solche Einigung möglich zu machen. Von solch einem hohen zivilisatorischen Rang sind nur die im Jahr 2000 beschlossenen Millenniums-Entwicklungsziele und der Akt der Gründung der Vereinten Nationen selbst.

Mit den berühmten Worten „Wir, die Völker...“ der Charta der Vereinten Nationen wurde auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs diese Organisation errichtet, um gemeinsam für Frieden, Dialog und internationale Zusammenarbeit einzutreten. 55 Jahre später gelang es dann mit 8 Entwicklungszielen (den Millenniumsentwicklungszielen) endlich, die globalen Herausforderungen in den Fokus aller Staaten zu rücken. Zusammengefasst ging es um die Halbierung von Hunger und Armut. In den 15 folgenden Jahren wurden große Fortschritte gemacht und wesentliche Zielvorgaben erreicht. Dies ermutigte zu dem weltumspannenden Wunsch, nicht nachzulassen und Hunger und extreme Armut auszuradieren.

Die christlichen Kirchen haben diesen Prozess von Anfang an über Konfessionsgrenzen hinweg unterstützt. Auf kirchlicher Ebene trägt er heute den Namen: Micha-Initiative. Beim Propheten Micha 6,8 heißt es: *"Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir will: Recht zu üben und Güte zu leben und demütig zu gehen vor deinem Gott."*

Mit dem Inkrafttreten der Resolution am 1.1.2016 wurde die Micha-

Initiative der Kirchen ausgedehnt auf die Agenda 2030 (so die Kurzform des großen Zieles).

Um den Schwung nicht zu verlieren und die kurze Zeit bis 2030 effektiv zu nutzen, wurde in der Resolution vereinbart, durch hochrangige politische Foren auf Ministerebene die Fortschritte zu beaufsichtigen, zu überprüfen und mit der Generalversammlung zusammenzuarbeiten. Das dritte Forum fand vom 11.-20. Juli unter der überwölbenden Zielstellung „Sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird“ am Sitz der Vereinten Nationen in New York statt. Ich durfte daran teilnehmen.

Als eine der wichtigsten Fragen wurde diskutiert, wie diese Zielstellung auf der ganzen Welt, bis in jede Hütte, bekannt gemacht werden kann, damit sie die Menschen beseelt, damit die Kräfte der Hoffnung auf eine gutes vorteilhaftes, Schöpfung bewahrendes Miteinander gestärkt und genutzt werden.

Es hat so gutgetan, über diese Themen nachzudenken (bis zu 12 Stunden am Tag) ohne einmal ethnische, religiöse oder nationale Vorbehalte zu hören.

Unter den 22 Staaten, die unbedingt von ihren nationalen Strategien und Zusammenarbeitswünschen sprechen wollten, befand sich die Republik Togo. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Denn der Außenminister Togos, Robert Dussey, hatte im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eindrücklich da-

rum gebeten, sich Togo zuzuwenden und es in einer Patenschaft zu einem Modell für nachhaltige, schnellere Entwicklung zu machen. Die Glaubwürdigkeit ehrlichen Bemühens wurde bei mir auch dadurch bestärkt, dass ich seitdem zweimal Gelegenheit hatte, mit Togos Präsidenten Gnassingbe über die Verantwortung vor Gott und den Menschen zu sprechen.

Wir brauchen die gemeinsamen Ziele und die gemeinsame Arbeit, um unsere menschliche Bestimmung wieder zu spüren. So erging es mir und ich empfand ebenfalls, so würden unsere Anstrengungen auch den Segen aus der Höhe bekommen.

Beim Betrachten der aktuellen Konflikte und Korruptionsskandale wird klar, einen schnellen Fortschritt und gutes Beispiel für alle erreichen wir am ehesten mit denen, die das ernstlich wollen.

In diesen Julitagen erlitt Deutschland die Terroranschläge von Würzburg, Ansbach und München. Das brachte meine Gefühlswelt in die krasse Spannung von Suche nach der Zukunft und Eskalation in der Gegenwart.

„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten“ heißt es in der Resolution. **Die Menschheit weiß, worauf es ankommt. Wir sollten uns immer wieder daran erinnern.**



Johannes Selle, Jahrgang 1956, ist Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 191, Kyffhäuserkreis-Landkreis Sömmerda-Weimarer Land I. Der studierte Diplom-Mathematiker arbeitete in der EDV bevor er von 1994 bis 1998 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. Danach war er Leiter Vertragsmanagement bei der Mitteldeutschen Medienförderung in Leipzig. Neben seinen vielfältigen politischen Verpflichtungen in Berlin und seinem Wahlkreis ist der dreifache Familienvater kirchlich stark engagiert, beispielsweise in der evangelischen Allianz Deutschlands, als stellvertretender Gemeindeförderungsvorsitzender und Vorsitzender im Kirchförderverein St. Bonifatius in Großfurra.

Gastbeitrag zum Reformationstag: Martin Luther in katholischer Sicht – heute

„Ich bin kein Lutherforscher, d.h. ich gehöre nicht zu jener species von Theologen, die die Weimarer Lutherausgabe regelmäßig auf dem Schreibtisch hat und den „Schottenloher“ ständig griffbereit. Ich bin katholischer Kirchengeschichtler, der die Reformationsgeschichte und darin auch die Geschichte Martin Luthers vorträgt. Als solches beschäftige ich mich mit Martin Luther, nehme hin und wieder einmal eine seiner Schriften zur Hand, verfolge die aktuellen Forschungsergebnisse und die neueste Literatur und versuche meinen Hörern verantwortungsvoll das Bild des Reformators zu vermitteln, das ihm als „homo religiosus“ gerecht wird. Als Historiker ist Luther für mich eine bedeutende Gestalt der Kir-



Prof em. Dr. Josef Pilvousek

chengeschichte, als Theologe ein gemeinsamer Lehrer der Christenheit, wie es Otto Hermann Pesch formulierte“, [so schreibt Dr. Josef Pilvousek, emeritierter Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit der Universität Erfurt in seinem Beitrag für den Wartburg-Kurier zum Reformationstag. Sie finden den vollständigen Artikel als Sonderdruck, der](#)

[mit dieser Ausgabe verschickt wird.](#)

„Wenn ich Luther als bedeutende Gestalt der Kirchengeschichte betrachte und meinen Hörern dies zu vermitteln suche“, so Pilvousek weiter, „bedeutet das, ihm historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihn in der Zeit zu verstehen, in der er gelebt hat und ein Lutherbild ohne konfessionelle Überzeichnungen und Gehässigkeiten zu entwerfen. Ihm gerecht zu werden heißt aber auch, ihn nicht zum Heiligen der katholischen Kirche zu machen. So sind mir beispielsweise folgende drei Details einer Lutherbiographie wichtig geworden.“

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen. Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel
Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Autoren dieser Ausgabe

Prof. Dr. Reiner Anselm
Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Pfr. Christian Dietrich

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Harald Jung, Schönbrunn

Professor für Ethik und Soziallehre an der Inter-
nationalen Hochschule Liebenzell (IHL)

Prof em. Dr. Josef Pilvousek

emeritierter Professor für Kirchengeschichte des
Mittelalters und der Neuzeit der Universität
Erfurt

Johannes Selle

Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied
des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Prof. Dr. Jens Goebel